



Sozialdemokratische Partei
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica
Chantun Grischun

Partito Socialista
Cantone dei Grigioni



Schluss mit Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung!

www.konzern-initiative.ch

JA zur Konzernverantwortungsinitiative

Jon Pult

Eigentlich ist es selbstverständlich: Wer Regeln verletzt, muss dafür geradestehen. Wer einen Schaden anrichtet, haftet dafür. Das ist nichts als recht und gerecht. Jedes Kind weiss das. Darum ist es höchste Zeit, dass diese Grundsätze auch für Konzerne mit Sitz in der Schweiz gelten. Und zwar für ihre eigenen Tätigkeiten und die Tätigkeiten ihrer Subunternehmen. Denn zur Freiheit, global zu wirtschaften, gehört die globale Verantwortung für Mensch

Inhalt

Abst. Konzernverantwortungsinitiative	1-3
Abst. Für ein Verbot der Finanzierung der Kriegsmaterialproduzenten	4
Neue Vizepräsidentin SP GR	5
Erneuerung Kantonsgericht	6
Kulturförderungskonzept	7
Nein zur Abschaffung der MuBe	8-9
Diverse Wahlen	10-13
Leute: Christoph Bergamin	14
JUSO	15
Letzte Seite	16



JA zur Konzernverantwortungsinitiative

und Umwelt. Als Schweiz müssen wir den hier niedergelassenen Konzernen klare Regeln auferlegen. Es braucht griffige Sorgfaltspflichten und die Möglichkeit, Schweizer Konzerne vor ein Schweizer Gericht zu ziehen. Genau das verlangt die Konzernverantwortungsinitiative.

Der Zuger Rohstoffkonzern Glencore kontrolliert eine Mine im peruanischen Cerro de Pasco, die das Trinkwasser, den Boden und die Luft von zehntausenden Menschen mit Schwermetallen verseucht hat. Die Folgen sind dramatisch: Blutarmut, Behinderungen oder Lähmungen. Die Lebenserwartung ist in der Minenstadt fünf Jahre tiefer und die Kindersterblichkeit klar höher als im Landesdurchschnitt. Schändlicherweise ist Glencore dafür nicht zur Verantwortung gezogen worden. Das peruanische Justizsystem ist zu schwach und in der Schweiz gibt es noch keine Möglichkeit für Haftungsklagen. Das Beispiel zeigt, wie wichtig und dringend die Konzernverantwortungsinitiative ist.

Die globale Verflechtung der Schweizer Wirtschaft ist eine Realität. Jetzt müssen wir unsere Gesetze dieser Realität anpassen. Sorgfaltspflichten für Menschenrechte und Umwelt müssen für Schweizer Konzerne obligatorisch und gerichtlich durchsetzbar sein. Verletzt ein Schweizer Konzern die international anerkannten Mindeststandards, soll für die Geschädigten der Gang an ein Schweizer Gericht offenstehen. Denn hier in der Schweiz

sitzen die Verantwortlichen. Dass Bundesrätin Karin Keller-Sutter diese Möglichkeit zum Rechtsweg mit einer «kolonialen Sichtweise» in Verbindung bringt, ist absurd. Das Gebaren von Konzernen wie Glencore erinnert an koloniale Ausbeutung. Sicher nicht die Möglichkeit für die Opfer, in der Schweiz ihr Recht zu suchen. Immerhin zeigt dieser peinliche Aussatzer der Bundesrätin, dass es keine vernünftigen Argumente gegen die Initiative gibt.

Die Konzernverantwortungsinitiative schafft einen faireren Wettbewerb und schützt das Renommee der Schweizer Wirtschaft. Verletzen einzelne Konzerne wie Glencore die Spielregeln, ohne dass sie dafür belangt werden, nutzen sie einen unfairen Konkurrenzvorteil gegenüber denjenigen aus, die sich korrekt verhalten. Mit griffigen Bestimmungen für die Konzernverantwortung sorgen wir für gleich lange Spiesse in unserer global ausgerichteten Wirtschaft. Konkurrenzvorteile durch Verantwortungslosigkeit sind gerade aus liberaler Sicht inakzeptabel. Darum unterstützen viele weitsichtige Unternehmerinnen und Wirtschaftskapitäne die Initiative.

Besser als Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzungen zu ahnden, ist es, sie zu verhindern. Diesen präventiven Ansatz verfolgt die Initiative. Sie verpflichtet Konzerne, all ihre Geschäfte einer Sorgfaltsprüfung zu unterziehen. Viele Konzerne machen das schon. Die vorgesehene



Jon Pult,
Nationalrat, Mitglied
der Lokalkomitees
Chur und Engiadina
Bassa

Mehr Infos
www.konzern-initiative.ch

Lokalkomitees
www.konzern-initiative.ch/lokalkomitees



Überall wehen orange Ja-Fahnen!

Sie machen die einmalige Basiskampagne hinter der Konzernverantwortungsinitiative sichtbar. Tausende Menschen sind in Lokalkomitees engagiert, schreiben Karten, organisieren Aktionen, hängen Plakate und Banner auf. Daneben unterstützen über 130 NGOs, viele Kirchengemeinden, ein Bürgerliches Komitee, ein Wirtschaftskomitee sowie die Parteien SP, Grüne, Grünliberale, BDP, EVP und Junge CVP die Initiative.

Genügt diese breite Front, um gegen die Millionen-Kampagne der Konzernlobby anzukommen? Ja. Aber nur wenn wir uns alle bis am Schluss voll engagieren!



Sorgfaltspflicht ist also pragmatisch. Zudem ist sie unbürokratisch, denn die Behörden überwachen ihre Einhaltung nicht. Statt mehr Kontrolle schafft die Initiative einen Anreiz. Denn ein Konzern wird trotz Schaden von der Haftung befreit, wenn er die Sorgfaltsprüfung sauber durchgeführt hat. Wer verantwortungsvoll wirtschaftet, ist somit abgesichert.

Die Initiative würde auch keinen Schweizer Alleingang auslösen. Sie würde einen positiven Trend verstärken. Staaten wie Frankreich oder das Vereinigte Königreich kennen bereits Gesetze zur Konzernverantwortung. Viele andere Länder und die EU sind aktuell dabei, solche zu entwickeln. Ein Schweizer Ja zur Konzernverantwortungsinitiative würde die Reputation der Schweiz stärken und uns aussenpolitische Möglichkeiten eröffnen. Denn die Initiative entspricht

voll den Zielen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Vereinten Nationen (UNO). Noch immer leidet der Ruf der Schweiz am viel zu langen Festklammern an das Bankgeheimnis für internationale Steuerhinterzieher. Und auch unsere Klimapolitik ist im internationalen Vergleich (noch) nicht so fortschrittlich, wie sie aufgrund unserer Innovations- und Wirtschaftskraft sein könnte. Im Bereich der Konzernverantwortung haben wir hingegen die Möglichkeit, einen internationalen Trend mitzugestalten, statt ihn später nachvollziehen zu müssen. Packen wir diese Chance! Ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative sollte selbstverständlich sein. Für die Menschenrechte und die Umwelt. Aber eben auch für den guten Ruf der Schweiz und für diejenigen Konzerne und Unternehmen, die sich heute schon korrekt verhalten.



Ja zur Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten stoppen!

Sandra Locher Benguerel

Die Initiative der GSoA verlangt, dass jegliche Art von Finanzierung (Kredite, Darlehen, Schenkungen, Aktienerwerb, Anteile an kollektiven Kapitalanlagen oder strukturierten Produkten) von Kriegsmaterialproduzenten durch die Schweizerische Nationalbank, Institutionen der staatlichen und beruflichen Vorsorge und schweizerischen Stiftungen verboten wird. Zudem soll sich der Bund auf nationaler und internationaler Ebene für sinngleiche Bedingungen für Banken und Versicherungen einsetzen.

Als Kriegsmaterialproduzenten gelten Unternehmen, die mindestens 5% ihres

Umsatzes mit Kriegsmaterial erwirtschaften. Davon ausgenommen sind Geräte zur humanitären Entminung sowie Jagd- und Sportwaffen und zugehörige Munition. Die SP Bundeshausfraktion unterstützt die Initiative, Bundesrat, Nationalrat und Ständerat hingegen lehnen diese ohne Gegenvorschlag ab. Die SP setzt sich seit Langem dafür ein, dass Finanzanlagen nachhaltig getätigt werden. Durch das Pariser Klimaabkommen, welches stets von der SP unterstützt wurde, ist die Schweiz bereits verpflichtet, ihre Finanzflüsse auf den Klimaschutz auszurichten. Das Ziel der Initiative, die Finanzierung von Kriegsgeschäften zu verbieten, geht

**KEIN SCHWEIZERGELD FÜR
DIE KRIEGE DIESER WELT**

deshalb in eine Richtung, welche die SP schon seit Jahrzehnten verfolgt. Seit dem 2. Weltkrieg waren nie so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Der Grossteil der Menschen flüchtet vor aktuellen Kriegen oder den Folgen vergangener bewaffneter Konflikte. Indem die Initiative für weniger Waffen in Kriegsgebieten sorgt, trägt sie dazu bei, Fluchtursachen zu bekämpfen. Ein weiterer Grund für die Initiative ist, dass dadurch die Glaubwürdigkeit der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik erhöht. Die humanitäre Tradition ist ein Grundwert unseres Landes. Wenn jedoch Geld aus der Schweiz dieselben Konflikte anheizt, für die die Schweiz diplomatische Lösungen sucht, ist dies ein Widerspruch.

Für ihre Rolle als Vermittlerin ist es für die Schweiz wichtig, nicht aufgrund von

Investitionen in die Kriegsmaterial-Industrie als befangen wahrgenommen zu werden.

Schliesslich spricht für die Initiative, dass sie den Schweizer Bürger*innen ein Mitspracherecht über das Volksvermögen gibt. Heute entscheidet die Schweizerische Nationalbank allein, wo und wie sie das Schweizer Volksvermögen anlegen will. Auch bei den Pensionskassen haben die Schweizer Bürger*innen kaum Mitspracherechte. Ein Mitspracherecht bei solchen Entscheidungen ist unterstützenswert.

Aus diesen Gründen spreche ich mich für die Annahme der Kriegsgeschäftsinitiative aus.



Sandra Locher Benguerel,
Nationalrätin, Chur

Vizepräsidentin der SP Graubünden



Julia Müller,
Grossrätin und Vizepräsidentin SP Graubünden,
Felsberg

Neues Amt

Julia Müller

Am vergangenen Parteitag vom 6. September 2020 wurde ich von der Basis der SP Graubünden zur Vizepräsidentin gewählt. Einen grossen Dank für das Vertrauen. So darf ich ab jetzt mit Philipp, Nora und euch allen in weitere politische Abenteuer abtauchen.

Vor uns stehen spannende Herausforderungen: Neben dem Coronavirus hält uns auch das politische Tagesgeschäft auf Trab. Keine der gesellschaftlichen Baustellen hat an Relevanz verloren. Die Klimakrise schreitet auch mit Covid-19 voran. Die grossen klimapolitischen Weichenstellungen sind wie eh und je dringend. Das Abwarten, Aufschieben, Ignorieren, Banalisieren und das Schweigen führen zur Zerstörung. Die SP Graubünden wehrt sich mit aller Kraft dagegen, einfach wird es uns aber nicht gemacht.

Es ist bedenklich, wie träge und destruktiv andere Bündner Regierungsparteien ihren politischen Kurs ausrichten. Um nur einige Beispiele zu nennen: Das «Ei des Kolumbus» der FDP ist weiterhin Steuersenkung für vermögende Personen – in der Oktobersession werden wir dank ihnen Steuersubstrat in Millionenhöhe vernichten. Die CVP setzt wie bisher auf das Thema «Wolf» - statt visionäre Landwirtschaftspolitik zu fördern. Um spannend zu bleiben, zieht sie zudem alte Projekte wie die «Porta Alpina»

aus der Schublade. Die BDP profiliert sich mit dem Abbau von Bürokratie. Welche Ziele die SVP genau verfolgt, weiss ich nicht. Der zementierte Konservatismus blockiert die zwingend notwendigen Veränderungen. Durch keines dieser Projekte und keine dieser Grundhaltungen werden die eigentlichen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft angegangen. Lieber Händeklatschen statt die haarsträubenden Zustände in der Pflege beheben und das Gesundheitssystem stärken. Lieber die Mutterschaftsbeiträge streichen statt Armutsbekämpfung betreiben. Lieber viele neue Strassen bauen statt griffige Klimaziele formulieren. Lieber über Soziallasten jammern statt Menschen in der Not zu helfen.

Ich bin froh, Teil einer Partei sein zu dürfen, die sich im Gegensatz dazu für die Zukunft einsetzt. Wir kämpfen für ein gerechteres Wahlsystem und damit für mehr Demokratie. Wir kämpfen für Gesamtarbeitsverträge in der Pflege und für Mütter und Väter in finanzieller Not. Wir kämpfen für eine Klimapolitik die auch unseren Kindern etwas übrig lässt. Wir kämpfen für den Fortschritt bei dem niemand auf der Strecke bleibt. Wir sind die Alternative. Es ist eine Freude Vizepräsidentin dieser SP Graubünden zu sein!



Erneuerung am Kantonsgericht

Glas halb voll? Glas halb leer!

Philipp Wilhelm

Verschiedene Skandale haben die Wahlen an Gerichten in jüngerer Zeit in den Fokus gerückt. Auch in Graubünden.

Im Erbfall S. entdeckte Kantonsrichter Schnyder eine vermutete Urteilsfälschung durch Kantonsgerichtspräsident Brunner. Der Streitfall eskalierte und löste umfangreiche Untersuchungen aus. Die zuständige Kommission KJS hob zurecht die richterliche Immunität Brunners zugunsten einer nun laufenden Untersuchung auf.

Berichte und Hearings mit Richter*innen zeigten aber: Es gibt nicht nur den Fall S., sondern ein Problem «Gesamtgericht». Es war nicht in der Lage, diese Streitfrage sauber zu klären. Stattdessen: Massive gegenseitige Vorwürfe, ein Antrag auf Amtsenthebung eines Kollegen, mangelndes Kollegialverhalten am Gericht, schlechte Kommunikation. Das Vertrauen in die Institution war am Boden.

An der Junisession forderte die SP Fraktion: Das Kantonsgericht braucht eine Gesamterneuerung. Diese Forderung bedeutete Knochenarbeit: Zwei Tasks in zwei Monaten.

1. Wir brauchten eine Kandidatur. Noch nie zuvor waren wir am Kantonsgericht vertreten – und damit auch nicht am Schlamassel beteiligt. Seit dem Wahlsieg 2018 haben wir

Anspruch auf einen Sitz. Wenn wir Erneuerung wollten, mussten wir kandidieren. Nach intensiver Personalsuche fanden wir mit Dr. Christof Bergamin aus Davos, einen fähigen und progressiven Anwalt für den Neustart.

2. Wir mussten die anderen Fraktionen dazu bewegen, ebenfalls neue Kandidaturen für das sechsköpfige Gremium aufzustellen. Immerhin: BDP, SVP und GLP kündigten an, keine Bisherigen zu wählen. Bis auf eine leisteten alle Fraktionen einen Beitrag zur personellen Erneuerung. Nur die FDP-Spitze verharrte in Schockstarre und hielt an ihren zwei Bisherigen fest.

Staatspolitische Verantwortung sähe anders aus. Das Resultat spricht für sich: Die Gerichts-Vizepräsidentin (FDP) erhielt nicht einmal aus den eigenen Reihen vollen Support und wurde mit bloss 54 von 120 möglichen Stimmen wiedergewählt. Im Gesamtergebnis wurden letztlich drei neue Richterpersonen gewählt und damit das halbe Gericht ausgewechselt. Was für schweizerische Verhältnisse unüblich ist, darf aus unserer Sicht nicht genügen. Glas halb voll? Glas halb leer!

Klar ist: Jetzt müssen die notwendigen Strukturreformen rasch erfolgen. Mit der Teilerneuerung und der Abmahnung an die Adresse der Bisherigen muss das Vertrauen ins Kantonsgericht wiederaufgebaut werden.



Philipp Wilhelm,
Präsident SP Graubünden

Kulturförderungskonzept 2021 - 2024



Jöri Schwärzel,
Grossrat, Klosters

Was lange währt...

Jöri Schwärzel

Die Kultur in Graubünden ist vielfältig. Mal ist sie bodenständig und mal ist sie elitär. Sie ist deutsch-, romanisch- und italienischsprachig, oder auch einfach anderssprachig. Oder gar nicht sprachlich, sondern grafisch, musikalisch. Sie ist. Sie gehört zu uns, sie macht uns. Sie gibt uns Identität. Sie ist alt, traditionell oder neu, modern und postmodern. Seit 1965 gibt es gesetzliche Grundlagen des Kantons, die eine Kulturförderung ermöglichen. 1998 wurden in einem neuen Gesetz die Ziele und Aufgaben erweitert und konkretisiert. Seit 2018 ist die aktuelle Version des Kulturförderungsgesetzes in Kraft. Im Februar 2017 beschloss der Grosse Rat, dass er jeweils ein vierjähriges Förderungskonzept verabschieden will. Dies hat er nun getan: Es ist ein starkes, partizipativ erarbeitetes Konzept.

Das Konzept enthält folgende Schwerpunkte zur Stärkung von:

- kultureller Teilhabe verschiedener Bevölkerungskreise
- sprachlicher wie regionaler Vielfalt
- Produktionsbedingungen für das Kulturschaffen.

Klar, das Konzept könnte auch anders aussehen, weniger ausgewogen, dafür mit gewichtigeren Schwerpunkten. Das wäre schade, denn

Kulturschaffende und -institutionen brauchen Planungssicherheit und Zuverlässigkeit. Es kann nicht sein, dass immer wieder das finanzielle Damoklesschwert am dünnen Faden über den Kulturakteur*innen hängt.

3 Mio. Franken mehr für die Kultur in Graubünden

Und genau bei den Finanzen waren sich die Grossratsmitglieder uneinig. In der vorbereitenden Kommission für Bildung und Kultur KBK konnte sich jedoch eine starke Mehrheit durchsetzen, die vom Grossen Rat einen Grundsatzbeschluss wollte, der jährlich 3 Mio. Franken mehr für Kulturförderung verlangt. Eine Minderheit aus der Hälfte der FDP-Vertreter*innen wollte nur 1 Mio. Franken mehr. Die SP-Fraktion stellte sich geschlossen hinter den Mehrheitsantrag. Dies, nachdem ich in der KBK aus taktischen Gründen auf einen Antrag auf höhere Unterstützung verzichtet hatte.

... wird endlich gut.

Die Ausgangslage vor der Session war spannend. Eine knappe Mehrheit für die 3 Mio. lag in der Luft. So setzten wir unser intensives Lobbying für die Kultur fort. Und wir forderten die Kulturleute auf, selbst bei den Politiker*innen anzuklopfen. Das hat geklappt. Der Grosse Rat beschloss den Grundsatz, dass die Kultur bis mindestens 2024 mit jährlich 3 Mio. Franken zusätzlich unterstützt werden soll. In der Dezembersession müssen wir dies noch durchs Budget bringen.



Der Grosse Rat streicht Mutterschaftsbeiträge

Nein zur Abschaffung der Mutterschaftsbeiträge (MuBe)

Von Hans Joss

Diesen Sommer beschloss der Grosse Rat mit 69:26 Stimmen die Aufhebung des Gesetzes über Mutterschaftsbeiträge. Dies gestützt auf die Botschaft «Stärkung der familienergänzenden Kinderbetreuung – Aufhebung des Gesetzes über Mutterschaftsbeiträge». Anfangs 2021 würden die Neuerungen in Kraft treten. Wir wehren uns dagegen. Durchschnittlich 800 000 Franken hat der Kanton in den letzten Jahren für 249 Personen jährlich mit MuBe ausbezahlt. Neu sollen sich Mütter und Familien an die Sozialhilfe wenden. Dies geht nicht ohne Leistungsabbau. Ausserdem bezahlen neu die Gemeinden anstelle des Kantons. Der Kanton will mit den freiwerdenden Geldern die familienergänzende Kinderbetreuung stärken (Titel der Botschaft). Dafür aber ist der Betrag zu klein. Ein Komitee, dem neben Einzelpersonen, SP Graubünden, JUSO GR, Gewerkschaftsbund GR, Frauenstreikkollektiv und Avenir Social angehören, hat daher das Referendum ergriffen. Die Bevölkerung soll über dieses familienpolitische Geschäft an der Urne befinden.

Unsere kantonale MuBe-Lösung

Am 8. Dezember 1991 – die Schweiz wurde im gleichen Jahr 700 Jahre alt – stimmte die Bündner Bevölkerung

dem Gesetz über Mutterschaftsbeiträge zu. Es ermöglicht Müttern in einfachen finanziellen Verhältnissen, während zehn Monaten ihre Neugeborenen selber zu betreuen, tragende Beziehungen aufzubauen und mit einem möglichst stressfreieren Start gemeinsam in die Eltern-Kind-Rollen hinein zu wachsen. Wir investieren hier in die Zukunft der Gesellschaft! Die Betreuung der Neugeborenen steht im Vordergrund. Man werde das kantonale Gesetz aufheben, wenn man auf nationaler Ebene im Thema Mutterschaftsversicherung zu einer valablen Lösung gelangt sei.

Die nationale Lösung

Am 1. Juli 2005 trat endlich die über Jahrzehnte umstrittene Mutterschaftsregelung in Kraft: Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen für alle – Beitragsleistungen erhalten jene Mütter, die vor der Geburt mindestens während neun Monaten erwerbstätig waren. Die Leistung: 80% des letzten Lohnes während 14 Wochen. Mütter in guten finanziellen Verhältnissen verlängern ihre «Mutterschaftszeit» mit unbezahltem Urlaub. Die Bundeslösung entlastet den Kanton bei allen erwerbstätig gewesenen Frauen. Aber die beiden Modelle lassen sich nur schwer vergleichen.

Die Bündner Lösung orientiert sich stattdessen an der Geburt eines Kindes, unabhängig davon, ob dessen Mutter erwerbstätig war. Die finanzielle Leistung ist anhand der EL-Richtlinien bedarfsberechnet. Für die Dauer von 10 Monaten wird



Hans Joss,
ehemaliger Leiter Soziale
Dienste der Stadt Chur



der Existenzbedarf garantiert. So können auch Eltern in bescheidenen Verhältnissen ihr Kind über 40 Wochen selbst betreuen. Demgegenüber orientiert sich die Bundeslösung am Arbeitsverhältnis und an der Höhe des letzten Lohnes der Mutter.

Die Regierung sieht in der kantonalen Lösung «negative Erwerbsanreize», sie sei nicht zeitgemäss, die Berufstätigkeit des betreuenden Elternteils sei quasi nicht erwünscht. Das Gesetz priorisiert zwar die elterliche Betreuungsaufgabe, überlässt aber dem betreuenden Elternteil die Möglichkeit, bis maximal 50% erwerbstätig zu sein. Wir wissen doch alle aus der Entwicklungspsychologie um die entscheidende Bedeutung, die der elterlichen Betreuung von Kindern insbesondere im ersten Lebensjahr zukommt. Der Fortschritt der Medizin lässt uns Menschen immer älter werden – wie bedeutend ist es da für den Arbeitsmarkt, wenn im ersten Lebensjahr eines Kindes dessen Wohl und das Bedürfnis nach umfassender Betreuung durch die Eltern Priorität hat.

Weitere Probleme

■ Der Titel der Botschaft ist irreführend: Die «Stärkung der familienergänzenden Kinderbetreuung» fällt bescheiden aus. Elterntarife sollten reduziert und Betreuungsqualität optimiert werden – dazu braucht es entschieden mehr finanzielle Mittel.

■ Stärkung der Kinderbetreuung darf nicht zu Lasten der Mutterschaftsbeiträge gehen.

■ Sozialhilfe und Mutterschaftsbeiträge unterscheiden sich grundlegend. Ziele, Voraussetzungen, Berechnungsgrundlagen sind in der Sozialhilfe enger und die Berechnungsgrundlagen wesentlich tiefer. Dieser Wechsel ist ohne Leistungsabbau nicht machbar!

■ Der bisherige finanzielle Aufwand für Mutterschaftsbeiträge wird vom Kanton an die Gemeinden verschoben.

Besuche die eigens für das Referendum eingerichtete Homepage www.referendum-mube.ch. Dort findest du zusätzliche Ausführungen zum Thema.

Wir brauchen eine zukunftsfähige Familienpolitik

1500 Unterschriften müssen bis zum 20. November gesammelt und beglaubigt werden. Dazu benötigen wir auch deine Hilfe.

www.referendum-mube.ch gibt dir Auskunft, wie du helfen kannst. Wir freuen uns über dein Engagement! Benütze aber auf jeden Fall den beigelegten Unterschriftenbogen und motiviere in deinem Bekanntenkreis weitere stimmberechtigte Personen zur Teilnahme. Dafür danken wir dir herzlich.



Freudentag in Davos

Mit Vollgas in die zweite Runde

Mara Sprecher, Präsidentin SP Davos

Es war ein Freudentag. Der 27.09.2020 hätte für die SP Davos kaum besser sein können. Alle unsere Kandidierenden sind gewählt und Philipp Wilhelm erzielte die meisten Stimmen im ersten Wahlgang um den Landammann. Einziger Wehrmutstropfen: Unsere Initiative für mehr bezahlbare Wohnungen wurde um 300 Stimmen knapp abgelehnt. Trotzdem blicken wir nun zuversichtlich nach vorne und in den 2. Wahlgang um das Landammann-Amt.

Seit Ende Februar überzeugten wir die Davoserinnen und Davoser auf der Strasse, mit Briefen, in den sozialen Medien und am Telefon von unserem Team. Mit Erfolg. Stefan Walsler wurde mit grandiosen 2603 Stimmen erneut zum Statthalter von Davos gewählt. Er liess den zweitplatzierten Bisherigen Simi Valär (FDP) um 456 Stimmen hinter sich. Dieses Resultat zeigt, wie sehr Stefans Arbeit in der Davoser Regierung geschätzt wird. Unsere drei Frauen wurden problemlos in den Grossen Landrat gewählt. Ladina Alioth machte als viertplatzierte tolle 1642 Stimmen. Und auch Rita Gianelli und Linda Zaugg überzeugten die Wählenden von ihrem Können. Zusammen mit dem links-grün situierten Parteilosen Hans Vetsch und mit zwei Grünliberalen stellt die Klimaallianz im Davoser Parlament neu erfreuliche sechs von 17 Sitzen. Komplett



Ladina Alioth, Stefan Walsler, Philipp Wilhelm, Rita Gianelli, Linda Zaugg. Auf dem Bild fehlt Christoph Geissler.

untergegangen ist allerdings die Mitte. Die CVP trat gar nicht mehr an. Und mit je nur einem Sitz für BDP und EVP gelang es nicht, die Mehrheit von SVP (3 Sitze) und FDP (6 Sitze) zu durchbrechen. Erfreulich jedoch: Der Frauenanteil im Grossen Landrat stieg von vier auf sieben von 17 Sitzen.

Im Schulrat konnten wir den SP-Sitz zurückgewinnen. PV-Mitglied Christoph Geissler wurde mit 1607 Stimmen gewählt. Beide FDP-Kandidaten liess er hinter sich. Ein Top-Ergebnis dafür, dass Christoph erst seit einem Jahr in Davos lebt. Guter Wahlkampf und überzeugende Kandidierende führen eben zum Erfolg.

Die Gewählten freuen sich auf ihre künftigen Aufgaben. Doch für das SP-Team ist der Wahlkampf noch nicht vorbei. Philipp Wilhelm hat im ersten Landammann-Wahlgang bei 4 Kandidierenden 32% aller Stimmen auf sich vereint und geht als Erstplatzierte in die zweite Runde. Das gibt Energie. Davos scheint bereit für eine neue, junge und dynamische Führung. Der Rückzug von SVP-Kandidatin Valerie Favre Accola macht die Ausgangslage schwieriger. Doch die zahlreichen Rückmeldungen aus der Bevölkerung machen Mut. Ein Generationenwechsel ist möglich. Geben wir nochmals Vollgas.

Kreatives Engagement im Oberengadin



Franziska Preisig,
Grossrätin, Samedan

Kandidatur Gemeindepräsi- um Samedan

Linus Peter

Es war vor ungefähr drei Jahren, als ich den Namen Franziska Preisig das erste Mal googelte. Wer ist diese Frau, mit der wir unseren für acht Jahre verlorenen Grossratssitz zurückerobern wollen?

Ein WOZ-Artikel zum «Zweitwohnungswahn» versorgte mich dann mit ersten vielversprechenden Informationen: «Franziska Preisig ist eine politisch engagierte Frau, die dem Engadiner Geldadel die Goldgräberstimmung vermiest und mehr bezahlbaren Lebensraum für die Ansässigen fordert. (...) Die Frau verkörpert das, was Zivilgesellschaften am Leben erhält.» (WOZ, 09.12.2010)

In den darauffolgenden Jahren mit Franziska als Grossrätin und Co-Präsidentin unserer Sektion durfte ich erfahren, dass die kurze Beschreibung wohl kaum besser gewählt sein konnte. Wer schon einmal mit Franziska zusammengearbeitet hat, weiss, dass ihr Wille und ihre Energie, sich für die Gesellschaft zu engagieren, gewaltig ist. Woher die unbändige Energie rührt, das weiss glaube ich nicht einmal sie selbst so genau. So geschehen auch bei ihrem jetzigen Vorhaben, ihrer Kandidatur als Gemeindepräsidentin von Samedan. Nach längerem Nachdenken sei es ihr während den Ferien bei ihrem täglichen Schwamm im Comersee nach

einer grösseren Welle plötzlich klar gewesen: «Ich kandidiere ja sowieso!» Und Recht hat sie!

Die letzten Jahre im Oberengadin haben gezeigt, dass es eben etwas mehr Wille und Mut braucht, um unsere Region voranzubringen. Schliesslich werden die Herausforderungen weder kleiner noch weniger. Verringern tut sich paradoxerweise nur eines, der Wille zur Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden. Da hilft es eben auch nicht, wenn sich die zweitgrösste Gemeinde der Region lediglich über ihre Sparpolitik definiert. Was es braucht sind kreative Köpfe, die über die Gemeindegrenzen hinausdenken und gemeinsam Strategien und Visionen entwickeln wollen. Mit Franziska Preisig kandidiert genau die richtige Frau, um die Gemeinde Samedan und darüber hinaus die gesamte Region mit einer mutigen Politik voranzubringen. Als promovierte Juristin, Grossrätin, ehemalige nebenamtliche Bezirksrichterin, alt-Kreisrätin und alt-GPK-Mitglied des Kreises Oberengadin bringt sie genau die richtige Sachkompetenz mit. Als gradlinige Kämpferin hat sie sich in breiten Bevölkerungskreisen und auf sämtlichen Ebenen des Kantons grossen Respekt verschafft. So besitzt sie auch die Fähigkeit, Allianzen weit über Parteigrenzen hinaus zu schmieden.

Liebe Franziska, ich wünsche dir im Namen unserer gesamten Sektion viel Glück!



Linus Peter, Aktuar SP
Oberengadin/Bergell



Gemeinderatswahlen Domat/Ems & Landquart

Kommunale Wahlen in Domat/Ems

Luna Weggler

Am 27. September 2020 wählten die Emser*innen den Gemeindevorstand und Schulrat neu. Die SP Imboden schickte die zwei bewährten Frauen Silvia Bisculm-Jörg und Hermy Vruwink ins Rennen. Nebst der üblichen Flyeraktion waren die Kandidatinnen auch auf Social Media präsent. Sie produzierten einen tollen Wahlkampf-film und veranstalteten einen informativen Live Talk mit Nationalrat Jon Pult als Gast. Das Engagement der beiden Frauen zeigte grosse Wirkung: so erzielte Silvia Bisculm-Jörg das beste Wahlresultat des Gemeindevorstan-

des und auch Hermy Vruwink schaffte den Sprung in den Schulrat abermals. Für die SP Imboden heisst es jetzt: Nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Denn am 29. November 2020 wird in Domat/Ems der Gemeinderat gewählt. Die SP Imboden engagiert sich mit einer vielseitigen, alters- und geschlechterdurchmischten Liste, viel Motivation und noch mehr Ideen. Für den Wahlkampf sind eine Social Media Kampagne, welche unter anderem kurze Filme zu allen Kandidierenden beinhaltet, ein Foodwaste-Suppenabend, Flyer-, Postkarten- und Telefonaktionen und vieles mehr geplant. Die SP Imboden ist motiviert und freut sich auf einen spannenden und hoffentlich sitzgewinnbringenden Wahlkampf!



Luna Weggler,
Gemeinderatskandidatin
in Domat/Ems

Gemeinderatswahlen Landquart

Tobias Rettich

Aneta Wioletta Karstens konnte an den Gemeinderatswahlen in Landquart erfolgreich den frei gewordenen Sitz der SP verteidigen. Bis anhin hatte Coni Cabiallavetta dieses Amt in Landquart für die SP erfolgreich ausgefüllt. Nach vielen Jahren voller wertvollem Engagement hat sie es sich nun aber vollauf verdient, politisch etwas kürzer zu treten. Unsere Region und der Vorstand der SP Herrschaft/5-Dörfer danken Coni für ihren unglaublichen Einsatz für unsere Region! Es freut uns ungemein, mit Aneta eine Frau gefunden zu haben, die

Verantwortung für unsere Region übernimmt und sich in einer bürgertlich geführten Gemeinde für eine umweltfreundliche, soziale und familienfreundliche Politik einsetzt. Als zweifache Mutter, Architektin, Mitglied des Kulturvereins Landquart sowie des Kultur + Frauenvereins in Igis ist Aneta bestens in der Region vernetzt und startet mit grosser Motivation und hoher Einsatzbereitschaft in ihre erste Legislatur.

Sie hat es geschafft, die Region durch das direkte Gespräch auf der Strasse und einen engagierten Wahlkampf von ihren Qualitäten zu überzeugen. Dazu gratulieren wir Aneta ganz herzlich und wünschen ihr für die kommenden Jahre alles Gute und viel Freude!



Tobias Rettich, Präsident
der SP Herrschaft/
5-Dörfer, Landquart

SP-Erfolge in Chur



Andri Perl, Präsident SP Chur und Grossrat, Chur

Erfreuliche Wahlergebnisse

Andri Perl

Am 27. September haben in Chur die Wahlen in den Stadtrat und den Gemeinderat stattgefunden. Die SP durfte dabei erfreuliche Resultate einfahren.

Im Gemeinderat stand die SP vor der schwierigen Aufgabe ein sehr gutes Resultat von 2016 zu verteidigen. Mit dem Anspruch, Chur fortschrittlicher und lebendiger, gerechter und grüner zu machen, stieg die vielseitige Liste 4 in dieses Rennen. Und war erfolgreich. Auf sehr hohem Niveau konnte die SP noch einmal zulegen von 26.3 Prozent auf 26.5 Prozent der Stimmen. Wir haben unsere 6 Sitze verteidigt und stellen mit Angela Carigiet Fitzgerald die erste Haldensteinerin im Gemeinderat. Ebenfalls gewählt sind unsere Bisherigen Xenia Bischof, Corina Cabalzar, Guido Decurtins, Claudio Senn Meili und Jean-Pierre Menge. Dass uns ein tolles Resultat gelungen ist, obwohl zugleich die Freie Liste Verda und die GLP zugelegt haben, ist eine echte Reifeprüfung. Die SP ist und bleibt die mit Abstand stärkste Kraft im Churer Gemeinderat.

Bei den Stadtratswahlen durfte die SP ebenfalls ein sehr gutes Ergebnis einfahren. Unser bewährter Stadtrat Patrik Degiacomi holte über 6000 Stimmen, was in der Presse als Glanzresultat bezeichnet wurde. Patriks unermüdlicher Einsatz in der

Stadtregierung und im Wahlkampf haben sich voll ausgezahlt. Herzliche Gratulation!

Mit der Nichtwahl von Anita Mazzetta (Freie Liste Verda) und dem damit verbundenen Verlust der links-grünen Mehrheit im Stadtrat gibt es einen grossen Wehrmutstropfen bei den diesjährigen Wahlen. Und dass nur 4 von 21 Mitgliedern des neuen Gemeinderats Frauen sind, entspricht noch nicht unserer Vorstellung von einer fortschrittlichen Stadt.

Insgesamt geht die SP Chur aber hoffnungsvoll aus den Wahlen. Wie sich Kandidierende und Unterstützer*innen in diesen schwierigen Corona-Monaten für die gemeinsame Sache, für ein fortschrittlicheres und lebendigeres, für ein gerechteres und grüneres Chur eingesetzt haben, zeugt vom guten Spirit in der Partei. Im Zuge des Wahlkampfes ist es zudem gelungen, die städtische Initiative für bezahlbare KITAS erfolgreich zu sammeln.

PS: Unsere Kandidierenden für das Regionalgericht Plessur sind allesamt schon im Frühling in stiller Wahl gewählt worden. Neu stellen wir mit Philipp Annen sogar den Vizepräsidenten. Bettina Gadiant Stecher, Clelia Meyer Persili und Carlo Cramerli sind wie bisher nebenamtliche Richter*innen.



Leute: Christof Bergamin

Der Grosse Rat hat im August unter schwierigen Umständen die Gesamterneuerungswahlen am Kantonsgericht vorgenommen. Neu stellt auch die SP einen Kantonsrichter: Christof Bergamin. Vor seinem Amtsantritt im Januar beantwortet er unsere Fragen.

Christof, erzähl uns doch von deinem Werdegang.

Aufgewachsen bin ich in Davos, wo ich auch die Schulen besucht habe. Ich habe in Fribourg Jus studiert, das Anwaltspatent habe ich in Zürich erlangt. 2016 promovierte ich zum Thema «Unterbrechung der Verjährung durch Klage» (Anm. d. Red.: summa cum laude; ausgezeichnet mit dem Peter-Jäggi-Preis). Ich arbeitete sechs Jahre als Gerichtsschreiber beim Kantonsgericht Zug. Seit diesem Jahr bin ich am Bezirksgericht Meilen als Gerichtsschreiber und nebenamtlicher Richter tätig. Familienvater zu sein, ist mir ebenso wichtig; bis anhin habe ich zu 50% die Betreuung unserer Kinder übernommen und den Haushalt geführt.

Weshalb hast du dich für das Richteramt beworben?

Einerseits das Amt selber. Ich arbeite am Gericht und mag diese Arbeit sehr. Andererseits hat mich die Vertrauenskrise am Kantonsgericht beschäftigt, als Bündner und Mitarbeiter in der Justiz. Ich habe mich gefragt, ob ich mit meinem Hintergrund einen Beitrag zur Lösung leisten kann. Deshalb habe ich mich der SP und dem Grossen Rat zur Verfügung gestellt.

Wie trägst du am Gericht zur Entspannung bei?

In erster Linie will ich sorgfältig und effizient arbeiten, wobei ich sowohl den Rechtssuchenden als auch den Mitarbeiter*innen mit Respekt und Offenheit begegnen möchte. Ich bin zuversichtlich, dass die Zusammensetzung mit drei Bisherigen und drei Neuen wieder Vertrauen aufbauen kann. Dieser Aufbau braucht aber Zeit.

Wie verstehst du deine Aufgabe als Richter?

Unabhängigkeit und Unparteilichkeit sind zentral. Dazu muss sich ein Richter bestmöglich reindenken in die Menschen, die ans Gericht gelangen. Er muss ihre Geschichten zu verstehen versuchen. Solide fachliche Kenntnisse sind wichtig, doch persönliche Eigenschaften sind für mich ebenso bedeutsam. Man braucht ein Bewusstsein dafür, dass man in das Leben anderer eingreift und entsprechend Verantwortung trägt.

Wie fühlt sich die Rückkehr nach Graubünden an?

Ich freue mich sehr über die Heimkehr. Im Verlauf der Kandidatur habe ich gemerkt, wie stark meine Verbundenheit zu Graubünden ist, zur Landschaft, zur kulturellen Vielfalt, zur Freundlichkeit der Menschen. Entscheidend war letztlich aber die Offenheit meiner Frau, die nicht in Graubünden aufgewachsen ist, sich aber genauso auf unseren sympathischen Kanton freut.



Christof Bergamin,
neuer Kantonsrichter
Graubünden



Rosalina Müller
Co-Präsidentin JUSO
Graubünden

Bildungsanlass Queerfeminismus

Rosalina Müller

Femizid. Jede 2. Woche stirbt in der Schweiz eine Frau aufgrund von häuslicher Gewalt. Wir leben in einer patriarchal geprägten Gesellschaft, in der Kinder von früh her lernen, dass nicht alle Menschen gleichwertig sind. Jungs bekommen Maschinen und Mädchen bekommen rosarote Puppen als Spielzeuge. Diese Erkenntnis machen die Teilnehmenden des Bildungsinputs von Virginia Köpfler, der am 10. Oktober in der Stadtbibliothek Chur stattfindet.

Sie fragt «Was bedeutet feministische Politik?», worauf einige der 30 Teilnehmenden mit «Gleichstellung», «Gerechte Politik» oder «Politik für alle» antworten. Feminismus, sagt Virginia, ist ein weiter Begriff. Er beginne dort, wo Frauen* Bewusstsein erlangen. Ökonomie, Sexismus, Mitbestimmung/Vertretung sind drei wichtige Felder von Feminismus. Virginia erklärt sie uns in wenigen Sätzen und lässt uns in verschiedenen Gruppen Texte dazu lesen. Es gibt ein starkes Bedürfnis, sich auszutauschen.

Wieder zurück im Plenum werden Massnahmen und Handlungsmöglichkeiten gesucht. Care Arbeit muss besser entlohnt werden, Lohngleichheit, Aufwertung von Teilzeitarbeit oder das bedingungslose Grundeinkommen, sind Ideen. Feministische

Politik kann betrieben werden, indem die Frauenvertretung verstärkt und das Angebot für Kinderbetreuung erweitert wird.

Nach einer Pause geht es weiter mit dem queerfeministischen Input unseres Grossratsmitglieds Pascal Pajic. Er/Sie bezeichnet sich als queer und ist in ihrer/seiner Fr55zeit eine Dragqueen. Erst erklärt uns Pascal die Begriffe «Sex», «Gender», «Identität» und «sexuelle Orientierung». In der vertieften Diskussion um die Definition von Norm, Normativität und Normalität, erkennen wir viele Unterschiede. Es gibt kein «normal», betont Pascal, es gibt nur «natürlich». Es gebe nicht die eine richtige und echte Frau und auch keinen richtigen und echten Mann! Warum braucht es Queerfeminismus? Die Gesellschaft engt uns Menschen mit ihren Normvorstellungen ein, sie lässt mich Angst vor Ablehnung haben oder lässt zu, dass ich mich «outen» muss. Es brauche Queerfeminismus, weil jede fünfte homo- oder bisexuelle Person in der Schweiz bereits einen Suizidversuch gemacht hat.

Wenn wir uns nicht gegen Homophobie wehren, sind wir Mittäter*innen. Wir müssen dieses System überwinden, ein queer-freundliches Klima schaffen, die queerfeministische Politik fördern und sie fordern, bis alle Vielfaltsfarben zur Normalität werden!

Parolen der SP Schweiz zu den Abstimmungen vom 29. November 2020

Eidg. Abstimmungen

Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» (KOVI):

JA/GEA/SI

Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»:

JA/GEA/SI

Kommunale Wahlen Graubünden

Wir wünschen unseren Kandidierenden für kommunale Ämter viel Erfolg, allen voran unserer Grossrätin Franziska Preisig für das Amt als Gemeindepräsidentin von Samedan und unserem Parteipräsidenten Philipp Wilhelm im zweiten Wahlgang für das Amt als Landamman von Davos!

Abo-Beitrag 2020

Um das «concret» weiterhin erhalten zu können, sind wir auf euren Abo-Beitrag angewiesen. Die Redaktion zählt auf die Leser:innen und sagt bereits zum Voraus: Vielen herzlichen Dank für die Bezahlung des Abo-Beitrages.

Der Mindestbeitrag für die Kostendeckung beträgt CHF 15.00 pro Jahr, der Unterstützungsbeitrag CHF 30.00 pro Jahr. Bitte den beigelegten Einzahlungsschein benutzen oder per e-banking einzahlen.

Impressum

Herausgeber:
SP Graubünden
Concret
Postfach 561
7001 Chur

Nr. 3/2020

www.sp-gr.ch

info@sp-gr.ch
Telefon 081 284 91 00
Fax 081 284w 91 01
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Nora Kaiser
(Redaktionsleitung),
Stefan Grass, Silvia Modalek,
Andri Perl
Versand: Peter Montigel,
Christian Brassler & Team

Layout: Urs Bütikofer
Druck: Selva Caro Druck AG,
Flims
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 4/2020:
11.12.2020

ClimatePartner^o
klimaneutral

7. November: Bildungsanlass Antirassismus

Am Sa. 7. November findet in Chur im Familienzentrum Planaterra ab 13:00 Uhr der Bildungsanlass zum Thema Antirassismus statt. Interessierte melden sich unter info@sp-gr.ch an.

